

Freihandel:

„Keine Vorteile für die Kultur erkennbar“

TTIP und CETA müssen die kulturelle Vielfalt erhalten

Zum Schluss herrschte Einigkeit. Aus europäischer Sicht, so Diskutanten und Publikum, sind für den Kulturbereich von einem Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union keine Vorteile zu erwarten. Deshalb sollte die Kultur aus einem TTIP-Abkommen herausgenommen werden. Wobei allerdings schon die Definition, was denn der Begriff „Kultur“ beinhaltet, zwischen USA und EU unterschiedlich ausgelegt werden dürfte.

Eingeladen zur Diskussion über „TTIP ohne Kultur?“ hatte das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie mit dem Charlottenburger Abgeordneten Frank Jahnke einen Wirtschaftspolitiker, der zugleich Vorsitzender des Kulturausschusses im Abgeordnetenhaus ist. Er machte mit einem Blick in die Wirtschaftsgeschichte deutlich, dass Freihandel Vorteile bringen kann, auch wenn punktuell ein Schutz der eigenen Wirtschaft durch Zölle durchaus sinnvoll sein kann. Deutschland habe inzwischen rund 140 bi- oder multilaterale Handelsabkommen mit anderen Staaten geschlossen. Auch die derzeit besonders umstrittenen Schiedsstellen, mit deren Hilfe Unternehmen gegen Staaten außerhalb des normalen Rechtswegs vorgehen können, finden sich darin. Sie seien eine „deutsche Erfindung“, so Jahnke, 1959 im Freihandelsabkommen mit Pakistan eingeführt, damals als Absicherung für deutsche Investoren gedacht. Und es würde sich wohl auch heute kaum Widerstand gegen die Klausel regen, wenn der Vertragspartner nicht gerade die USA wären, mutmaßten Diskussionssteilnehmer.

Mit den USA und der EU wollen nun zwei der größten Wirtschaftsräume ein Abkommen schließen, angesichts der vorhandenen Orientierung der USA auf den asiatischen und pazifischen Raum - auch hier wird über ein Freihandelsabkommen verhandelt - könnte ein erfolgreicher Abschluss für viele Unternehmen in der EU durchaus vorteilhaft sein. Dass jetzt Bundeskanzlerin Merkel auf das Verhandlungstempo drückt und sich einen Abschluss noch in diesem Jahr wünscht, hat wohl auch mit dem bevorstehenden US-Wahlkampf zu tun: Eine Einigung mit dem derzeitigen Präsidenten scheint erfolgversprechender.

Jahnke sieht in einem Freihandelsabkommen vor allem Vorteile für Branchen wie die Automobilindustrie oder den Maschinenbau. Und nicht nur Großkonzerne, wie Kritikern argwöhnen, sondern auch mittelständische Unternehmen könnten



Diskussion über TTIP ohne Kultur: Frank Jahnke, Gabriele Schulz, Eckhardt Barthel. Foto: Horb

vom Wegfall von Handelshemmnissen profitieren. Im Kulturbereich oder bei der Daseinsvorsorge sieht er dagegen vor allem Risiken. So trage die auch in Europa nicht unumstrittene Buchpreisbindung, noch immer zum Erhalt kleinerer Läden bei. Amazon dagegen sieht darin vor allem ein Handelshemmnis, möchte die Preise selbst bestimmen. Jahnke: „Wir müssen die kulturelle Vielfalt erhalten und dürfen die staatliche Förderung für die Kulturlandschaft nicht einschränken.“

Gabriele Schulz, stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates, wies auf die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt hin, der die Bundesregierung verpflichtet sei. Die USA haben sie dagegen nicht unterzeichnet - so bleibt es auch fraglich, ob sie eine Bezugnahme auf die Konvention in einem TTIP-Abkommen überhaupt akzeptieren werden. Ein „scharfes Schwert“ sei die Konvention allerdings nicht, räumte sie ein, da die Klagemöglichkeit bei Verstößen fehle. Ein internationaler Handelsgeschichtshof, wie von Sigmar Gabriel als Alternative zu privaten Schieds-

gerichten gefordert, könnte auch der UNESCO-Konvention mehr Durchsetzungskraft verleihen.

Gabriele Schulz kritisierte vor allem die Absicht, mit einer Negativliste Ausnahmen in den Freihandelsabkommen festzuschreiben. Angesichts rasanter technischer Entwicklungen wisse man heute nicht, welche Möglichkeiten es in fünf oder zehn Jahren zum Beispiel bei digitalen Verbreitungswegen gebe, die dann dennoch vom Abkommen erfasst wären, weil nicht auf der Negativliste erfasst. Sie warb daher für Positivlisten, in denen festgelegt wird, für welche Bereiche das Freihandelsabkommen gelten soll. Interessen der USA, die mit denen aus der Kreativ- und Kulturszene kollidieren könnten, sieht sie u.a. im E-Commerce, wo Amazon oder Apple sich neue Bereiche erschließen wollen oder beim E-Learning, wo sich amerikanische Firmeninteressen und das staatlich geförderte Volkshochschulsystem gegenüber stehen. Dagegen dürfte etwa die deutsche Filmförderung erhalten bleiben, fließt sie doch inzwischen auch in die Kalkulation mancher Hollywood-Produktion ein.

Umgekehrt sind die Erwartungen in der Kulturszene in Europa nicht sehr groß: Kultur sei durch die Sprache geprägt, so Gabriele Schulz. Hier sieht sie für deutsche Kulturangebote wenig Chancen auf dem US-amerikanischen Markt. Schon heute, so Frank Jahnke, gebe es eine „amerikanische Hegemonie“ in der Filmbranche. Nur dreißig Prozent der hier gezeigten Kinofilme seien deutsche Produktionen.

Eckhardt Barthel, Moderator der Veranstaltung, wies auf das Misstrauen hin, das sich angesichts der mangelnden Transparenz der Verhandlungen entwickelt habe. Inzwischen stehen viele Dokumente der EU-Seite online zur Verfügung. Aber wie Barthel forderten auch andere DiskussionssteilnehmerInnen mehr Offenheit und Berichterstattung. Denn auch den meisten Kritikern gehe es nicht darum, die Freihandelsabkommen grundsätzlich zu verhindern.

Abgeschlossen werden, so die Podiumsteilnehmer, dürfe nur ein gutes Abkommen, das die Mindeststandards im sozialen und ökologischen Bereich in der EU wie in den USA wahre, das die bestehenden Rechtssysteme nicht über private Schiedsgerichte aushebele und das die kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten unangetastet lasse. Zudem wünschten sich die TeilnehmerInnen, dass Freihandelsabkommen der großen Industrienationen nicht zu Lasten der Entwicklungsländer gehen. **uh** □

21. Mai: Tag der kulturellen Vielfalt

Der Deutsche Kulturrat will den 21. Mai, den Tag der kulturellen Vielfalt, als Aktionstag zur Aufklärung über die Freihandelsabkommen CETA und TTIP nutzen.

Der Kulturrat ruft dazu auf, an diesem Tag in die Öffentlichkeit zu gehen und über die Risiken der Abkommen zu informieren. Aktuelle Informationen und Hintergrundmaterialien zum Thema gibt es auf einer Aktionsseite im Internet: <http://www.tag-gegen-ttip.de/>